



**University of  
Zurich<sup>UZH</sup>**

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

## **John Locke – ein verkannter Republikaner – Argumente gegen einige Deutungsklischees**

Schefczyk, Michael

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-96845>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Schefczyk, Michael (2012). John Locke – ein verkannter Republikaner – Argumente gegen einige Deutungsklischees. In: Ludwig, Bernd; Rehm, Michaela. John Locke. Zwei Abhandlungen über die Regierung. Berlin: Akademie Verlag, 165-182.

## **John Locke – ein verkannter Republikaner – Argumente gegen einige Deutungsklischees**

Schefczyk, Michael

*Published in:*

John Locke. Zwei Abhandlungen über die Regierung

*Publication date:*

2012

*Document Version*

Beim Verlag eingereichte Version des Manuskripts (vor der Begutachtung)

[Link to publication](#)

*Citation for pulished version (APA):*

Schefczyk, M. (2012). John Locke – ein verkannter Republikaner – Argumente gegen einige Deutungsklischees. in B. Ludwig, & M. Rehm (Hrsg.), John Locke. Zwei Abhandlungen über die Regierung. (Band 43, S. 165-182). (Klassiker Auslegen). Berlin: Akademie Verlag.

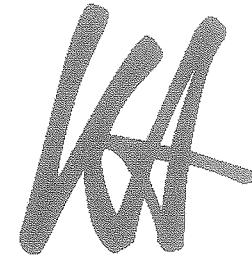
### **General rights**

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal ?

### **Take down policy**

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.



Sonderdruck aus  
Klassiker Auslegen  
Herausgegeben von  
Otfried Höffe

Band 43

John Locke

# Zwei Abhandlungen über die Regierung

Herausgegeben von  
Bernd Ludwig und Michaela Rehm

ISBN 978-3-05-005076-8

E-Book: ISBN 978-3-05-006318-8



Akademie Verlag

## John Locke – ein verkannter Republikaner. Argumente gegen einige Deutungsklischees

In zahllosen philosophischen und politiktheoretischen Darstellungen wird die *Zweite Abhandlung* als liberaler Klassiker charakterisiert. Manfred Brocker verweist auf ihren „Ruf als paradigmatische Begründungsschrift des politischen Liberalismus“ (Brocker 2007, 271), eine Sichtweise, die sich ganz ähnlich auch bei Hauke Brunkhorst (Brunkhorst 2000, 226) findet. Gerald Gaus nennt Locke und John Stuart Mill die beiden „großen klassischen Liberalen“ (Gaus 2000, 93) und Jean Hampton zieht eine Linie von Locke über die Gründerväter der Vereinigten Staaten bis hin zu Benjamin Constant und Wilhelm von Humboldt (Hampton 1997, 171). Solche Einordnungen haben eine lange Tradition. Schon vor einigen Jahrzehnten verwies Walter Euchner auf das „undifferenzierte, im wesentlichen aber zutreffende Lehrbuch-Klischee, nach dem Locke die Theorie des liberalen Verfassungsstaates begründet habe [...]“ (Euchner 1977, 43). Von führenden Kommunitaristen wird diese Sichtweise metaphysisch erweitert und vertieft. So diagnostiziert Charles Taylor bei Locke eine liberale Konzeption „negativer Freiheit“ (Taylor 1985/1992, 149 ff.), die er auf dessen Vorstellung von einem „atomistischen Selbst“ (Taylor 1989, 159–176) zurückführt. Verstärkt wurde Lockes Ruf, ein liberaler Vordenker zu sein, durch Robert Nozicks *Anarchie, Staat und Utopie*, das einige tragende Theorieelemente der *Zweiten Abhandlung* aufgreift.<sup>1</sup>

Doch sollte die gewohnheitsmäßige Einordnung Lockes in die liberale Tradition nicht dazu verführen, das ausgeprägt *republikanische* Element der *Zweiten Abhandlung* zu übergehen. Ein solcher Hinweis steht freilich im Widerspruch zu einer weiteren ideengeschichtlichen Konvention, der zufolge Liberalismus und Republikanismus als unvereinbare Idealtypen politischer Theorie zu sehen sind. Ich nenne diese Konvention

<sup>1</sup> Wie viele andere hat Taylor keine Bedenken, eine ungebrochene Traditionslinie von Locke zu Nozick zu ziehen. In der Locke-Forschung besteht allerdings Einigkeit, dass Locke kein Libertärer im Sinne Nozicks war. Aus der natürlichen Pflicht zur Erhaltung der Menschheit folgt die staatliche Pflicht, die Eigentumsordnung entsprechend zu regulieren. Siehe hierzu etwa: Tully 1984/1993, 300.

das *Gegensatz-Schema*: Der Liberalismus beruht ihm gemäß auf einem negativen, der Republikanismus auf einem positiven Verständnis politischer Freiheit. Der Erzklassiker des Liberalismus ist Lockes *Zweite Abhandlung*; der Erzklassiker des Republikanismus ist Rousseaus *Gesellschaftsvertrag*. Rousseau rückt die Volkssouveränität in den Mittelpunkt – Locke die unverlierbaren Rechte des Individuums; Rousseau geht es um den seine Privatinteressen überschreitenden, gemeinwohlorientierten Staatsbürger – Locke geht es um den vom Staat in seinen Privatinteressen geschützten Besitzbürger; Rousseau denkt Freiheit als Teilhabe am Gemeinwillen – Locke denkt Freiheit als ungestörte Ausübung der individuellen Rechte (Habermas 1988/1992).<sup>2</sup>

Dem Gegensatz-Schema widersprechend, werde ich argumentieren, dass der Argumentationsgang der *Zweiten Abhandlung* Motive aus der republikanischen und der liberalen Tradition beansprucht. Locke betrachtet individuelle Rechte und Volkssouveränität als zusammengehörig, wenn auch nicht als „gleichursprünglich“, um einen Begriff von Jürgen Habermas zu bemühen (Habermas 1992/1998, 155). Er gehört eindeutig nicht zu jenen liberalen Individualisten, die keine Verwendung für einen republikanischen Begriff des Volkes haben. Das Volk ist ihm zufolge Ursprung sowie Hüter der Verfassung und stellt „immer die höchste Gewalt“ dar, weil es die staatliche Ordnung auflösen und neu formieren kann. Es ist jene souveräne politische Gemeinschaft, der die vereinigten Individuen durch ihre ausdrückliche Zustimmung *unwiderruflich* zugehören; in seinen Händen liegt der Schutz der individuellen Rechte.<sup>3</sup> Der Staat ist lediglich ein Instrument, dessen sich das Volk bedient, um die natürlichen Rechte besser zu schützen. Doch es muss immer bereit sein, die Kontrolle über den Staatsapparat auszuüben und ihn im Zweifel durch einen besseren zu ersetzen. Anders als in der an Rousseau anknüpfenden republikanischen Tradition fehlt in der *Zweiten Abhandlung* zwar die Vorstellung einer sich in der politischen Partizipation *erfüllenden* positiven Freiheit. Im Anschluss an Quentin Skinner und Philip Pettit werde ich jedoch davon ausgehen, dass diese Vorstellung kein *Definitionsmerkmal* des Republikanismus ist. Daher spricht das Fehlen einer Konzeption positiver Freiheit nicht dagegen, Locke als einen Republikaner zu charakterisieren.

2 Dass solche großzügig formatierten ideengeschichtlichen Tableaus den historischen Texten und Autorenabsichten im Detail kaum gerecht werden, versteht sich von selbst (siehe hierzu: Dunn 1969/1995, 28 und 203 ff.).

3 Zur Unwiderruflichkeit: „die Gewalt, die jedes Individuum der Gesellschaft übertrug, als es sich mit ihr vereinigte, kann niemals wieder an die Individuen zurückfallen, solange die Gesellschaft besteht, sondern sie wird stets in der Gemeinschaft verbleiben“ (II § 243); „Wer dagegen einmal durch tatsächliche Einwilligung und ausdrückliche Erklärung seine Zustimmung gegeben hat, einem Staatswesen anzugehören, hat sich auf ewig und unwiderruflich verpflichtet, sein Untertan zu sein und unabänderlich zu bleiben“ (II § 121).

## 11.1 Kritik des Gegensatz-Schemas

Begriffsgeschichtlich betrachtet, scheint zwischen dem Republikanismus und jenem liberalen Verfassungsstaat, als dessen geistiger Vater Locke gilt, keine grundsätzliche Unverträglichkeit zu bestehen. Zu den Strukturelementen des Verfassungsstaates rechnet man den Gedanken einer Bindung des Souveräns an unveräußerliche individuelle Rechte, die Idee einer durch Zustimmung legitimierten politischen Ordnung, den Vorrang der Legislative vor der Exekutive und die Beauftragung der Staatsgewalt mit dem Schutz der Individuen und ihrer Rechte. All dies scheint die Ablehnung der Monarchie – nach Quentin Skinner die Grundbedeutung des Begriffs „Republikanismus“ (Skinner 1998, 22) – weder zwingend erforderlich zu machen noch grundsätzlich auszuschließen. Wenn Locke in der *Zweiten Abhandlung* nicht als kategorischer Gegner des Königtums in Erscheinung tritt, so gibt ihn dies zwar als Nicht-Republikaner (in der Grundbedeutung) zu erkennen, aber dies folgt nicht aus der liberalen Anlage seiner Theorie. Versteht man Republikanismus dagegen in einem schwächeren Sinne als Ablehnung einer *absoluten* Monarchie oder bestimmter Legitimationsfiguren, wie der des Gottesgnadentums, so sind es gerade die liberalen Elemente der *Zweiten Abhandlung*, die sie zu einer republikanischen Schrift machen. Auch hier besteht also kein begrifflicher Gegensatz zwischen Liberalismus und Republikanismus; mehr noch, der Liberalismus schließt den Republikanismus ein. Ein ähnlicher Befund ergibt sich auch bei einer weiteren Verwendung des Begriffs „Republikanismus“, die sich in der philosophischen Tradition findet und die Locke geradezu als dessen Gründervater erscheinen lässt. Im ersten Definitivartikel seiner Schrift zum *Ewigen Frieden* fordert Kant, die bürgerliche Verfassung in jedem Staate solle republikanisch sein; dabei denkt er an die Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt und die Bindung der Exekutive an die Legislative (Böckenförde 1987/2001, 374). Dies wiederum ist ein Merkmal des liberalen Verfassungsstaates, das sich in der *Zweiten Abhandlung* bündig in II § 131 niedergelegt findet. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwischen Liberalismus und Republikanismus in der Grundbedeutung kein Widerspruch besteht und dass sie in den beiden weiteren betrachteten Verwendungen des Begriffs „Republikanismus“ Hand in Hand gehen.

Das Gegensatz-Schema ist eine ideengeschichtliche Konstruktion des neunzehnten Jahrhunderts, das sich versuchsweise mit dem Erscheinen von Benjamin Constants Essay „Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen“ im Jahre 1819 genauer datieren lässt. In ihm unterscheidet Constant die demokratischen Freiheiten der Alten von den liberalen Freiheiten der Modernen. Für die Modernen bestehe Freiheit darin, „nur den Gesetzen unterstellt zu sein“, während sie für die Alten darin bestand, „gemeinsam mit anderen [...] einen erheblichen Teil der gesamten Souveränität auszuüben“ (Constant 1819/1972, 367, 368). Wenn Habermas schreibt, der „auf Locke zurückgehende *Liberalismus* hat die Gefahr tyrannischer Mehrheiten

beschworen“ (Habermas 1994/1996, 299), und damit ein von Tocqueville und Mill formuliertes Problem des neunzehnten Jahrhunderts in den Begriff einschreibt und auf Locke zurückführt, zeigt sich deutlich der Einfluss des von Constant vorgegebenen und später von Isaiah Berlin weiter entwickelten Interpretationsschemas. Der Republikanismus wird nun zum schillernden Gegenkonzept der liberalen Sorge um die Freiheit der Privatleute. Schillernd, weil man im Republikanismus nun etwas zugleich Begrüßenswertes und Gefährliches erkennt. Begrüßenswert scheint der Gedanke, dass der politische Bürger tugendhaft seine Privatinteressen im Namen des Gemeinwohls zurückstellt; gefährlich, dass hier eine Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft gefordert wird, die man im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert als Tyrannei der Mehrheit, Kollektivismus und Totalitarismus zu fürchten gelernt hat. Dieses Schema wird im Grunde auch in den gelegentlichen Versuchen angewendet, ein rousseauistisch-republikanisches Element der *Zweiten Abhandlung* herauszuarbeiten. Am radikalsten ist in dieser Hinsicht wohl Willmore Kendalls These, die *Abhandlung* sei im Kern kollektivistisch gewesen und rechtfertige die uneingeschränkte Herrschaft der gesetzgeberischen Mehrheit (Kendall 1941/1959, 90–123, insb. 104–105). Er verwies dabei unter anderem auf II § 88, wo es in einer vage an Rousseau gemahnenden Formulierung heißt, der Einzelne müsse seine Kraft zur Vollstreckung der Urteile des Staates beanspruchen lassen, denn diese „sind ja in Wahrheit seine eigenen Urteile“. Hier vollzieht Locke nach Kendall eben jene Aufhebung der privaten Freiheit in die öffentliche Autonomie, die nach dem gebräuchlichen Interpretationsschema im Zentrum des Rousseauschen Republikanismus steht und ihn in Widerspruch zum liberalen Individualismus bringt. So umstürzlerisch Kendall als Locke-Interpret gewesen sein mag – was sein Verständnis des Verhältnisses von Republikanismus und Liberalismus betrifft, bewegt er sich in vertrauten Bahnen: Der Gehalt des modernen Republikanismus ist an Rousseaus anti-liberal interpretiertem *Gesellschaftsvertrag* zu eichen. Der Volkssouverän ist als Quelle allen Rechts an kein höheres Recht gebunden.

Doch ist die Ausschließlichkeit dieses Interpretationsschemas sowohl aus ideengeschichtlicher als auch aus theoriesystematischer Hinsicht fragwürdig. Ideengeschichtlich ist zu bezweifeln, dass man einem englischen Denker des siebzehnten Jahrhunderts gerecht wird, wenn man ihn an einer Republikanismus-Konzeption misst, die aus dem Werk eines Genfer Philosophen des achtzehnten Jahrhunderts gewonnen wird. Theoriesystematisch ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass das Interpretationsschema, aufgrund dessen Locke die Rolle des Liberalen (und *ipso facto* Nicht-Republikaners) zugewiesen wird, eine wesentliche Option verstellt, den Begriff politischer Freiheit zu denken. Im Anschluss an Arbeiten von Quentin Skinner hat Philip Pettit argumentiert, dass uns die Ausschließlichkeit der Unterscheidung zwischen Advokaten der positiven und der negativen Freiheit schlechte Dienste geleistet habe (Pettit 1997, 18, 19). Denn im siebzehnten Jahrhundert kommt es in England unter Rückgriff auf die *römische* Antike zur Entwicklung einer eigenständigen Form von Republikanismus, die

von anderem Zuschnitt ist als die politische Theorie Rousseaus. In den amerikanischen Kolonien wurde dieses Denken im achtzehnten Jahrhundert aufgegriffen und schlug sich in der Unabhängigkeitserklärung und der US-Verfassung nieder. Was Pocock die transatlantisch-republikanische Tradition nennt (Pocock 1975/2002),<sup>4</sup> lässt eine in konventioneller Manier vorgenommene scharfe Abgrenzung republikanischer und liberaler Motive kaum zu. Dies erklärt, wie Thomas West zu der Behauptung gelangen kann, dass nicht ein einziger der Gründerväter der Vereinigten Staaten bezweifelt habe, Locke sei ein Republikaner gewesen (West 1990, xxiv) – die moderne Auffassung, dass Liberalismus und Republikanismus unvereinbare politische Philosophien seien, war noch nicht entwickelt. Wenn ich im Folgenden das republikanische Element der *Zweiten Abhandlung* untersuche, so werde ich ein ‚transatlantisches Verständnis‘ zugrunde legen und von der *Unterscheidbarkeit*, aber nicht von der *Gegensätzlichkeit* republikanischer und liberaler Gehalte ausgehen.

## 11.2 Die *Zweite Abhandlung* und die Monarchie

Der transatlantische Republikanismus ist nicht durch eine kategorische Ablehnung der Monarchie in jedweder Gestalt definiert. Algernon Sidney, der als einer seiner paradigmatischen Vertreter gezählt wird, hat nichts gegen Monarchen einzuwenden, solange sie in eine angemessen strukturierte Mischverfassung („well-mixed government“) eingebunden sind (Sidney 1698/1990, II § 19). Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei Locke. Er verweist auf die Möglichkeit gemäßigter Monarchien (II § 159) und lehnt auch die Beteiligung eines die Exekutivgewalt ausübenden Königs an der Gesetzgebung nicht ausdrücklich ab (II § 151). Jedoch entspricht die Beteiligung eines Königs an der Gesetzgebung kaum dem Verfassungsideal der *Zweiten Abhandlung*, wie Locke vorsichtig in II § 152 andeutet. Denn die Mischverfassung führt *de facto* aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Aufhebung des Supremats der Legislative. Der Inhaber der höchsten Exekutivgewalt ist in einer derartigen Ordnung nur den Beschränkungen derjenigen Gesetze unterworfen, denen er selbst zugestimmt hat. Er ist der Legislative „also nicht mehr untergeordnet, als es ihm selbst gut scheint, und das wird, wie man sicher schließen darf, nur sehr wenig sein“ (II § 152). Es scheint daher etwas missverständlich, wie Rawls und andere, zu sagen, Locke sei es um die Rechtfertigung des Widerstandsrechts gegen die Krone unter einer gemischten Verfassung gegangen (Rawls 2007/2008, 192). Insbesondere Robert Faulkner hat sorgfältig nachgezeichnet, dass die *Zweite Abhandlung* auf das grundsätzlich Problematische einer Mischverfassung verweist (s. vor allem Faulkner 2001, 25 ff.). Sie ist bestenfalls unter den gegebenen historischen Bedingungen hinnehmbar. Wie Locke im neunzehnten Kapitel ausführt (II §§ 213–218), tendiert

<sup>4</sup> Skinner bevorzugt die Bezeichnung ‚neu-römische‘ Tradition, weil er den Begriff Republikanismus für die Grundbedeutung (Gegnerschaft zur Institution der Monarchie) reserviert (Skinner 1998, 22).

eine gemischte Verfassung zur Auflösung durch den Fürsten. Ihr vorzuziehen ist daher in jedem Falle die *gemäßigte Monarchie*, in welcher der König lediglich über exekutive Gewalt (II § 159) verfügt. Freilich gesteht Locke dem König oder der Königin in einer gemäßigten Monarchie bemerkenswerte Machtbefugnisse zu (§ II 158, §§ II 159–168). Die königliche Prerogative füllt das Machtvakuum, das entsteht, wenn „die gesetzgebende Gewalt nicht ständig in Funktion ist“ (II § 160) – Letzteres scheint Locke jedoch ratsam, um den Machtmissbrauch durch die Legislative zu verhindern. Zudem meint er, das Volk habe keine Einwände gegen die Prerogative, solange sie erkennbar zu dessen Wohl genutzt wird (II § 161); der König könne auch nicht auf die Prerogative wie auf ein Recht pochen, sondern habe diese Machtvollkommenheit nur vom Volk anvertraut bekommen (II § 163). Faulkner meint, die Monarchie sei bei Locke derart depotenziert, dass der König in der Lockeschen Verfassung – wenn überhaupt – nur noch dem Namen nach existiere (Faulkner 2001, 33). Schließt man sich dieser Sichtweise an, so kann man Locke sogar als einen Republikaner in der Grundbedeutung des Wortes interpretieren.

### 11.3 Republikanische Freiheit

Die Wurzeln des transatlantischen Republikanismus liegen in der römischen Antike, weshalb zuweilen auch von der ‚neu-römischen‘ oder ‚klassisch-atlantischen Tradition‘ die Rede ist. Als den normativen Kern hat insbesondere Philip Pettit im Anschluss an Quentin Skinner eine spezifische Vorstellung von Freiheit herausgearbeitet (zum Folgenden: Pettit 1997, 27–31). Die Autoren der römischen Republik verstanden Freiheit als Unabhängigkeit von willkürlicher Herrschaft und bestimmten sie als Grundlage und Ziel eines guten Gemeinwesens. Das Ideal der Unabhängigkeit ist nur in der Gemeinschaft gleicher Bürger zu verwirklichen, weil nur sie Schutz vor der Macht des Stärkeren bietet. Freiheit galt den römischen Republikanern daher als ein *politisch-rechtlicher Status*, der dem Versklavt-Sein gegenübergestellt wurde. Diese Vorstellung von Freiheit als einem politisch-rechtlichen Status der *Unabhängigkeit* von willkürlicher Herrschaft wurde von Machiavelli wiederbelebt und im siebzehnten Jahrhundert aufgegriffen und fortgeführt. Sie bildete die Grundlage der Rhetorik der Versklavung, mit der die republikanischen Autoren im England des siebzehnten Jahrhunderts die Macht des absoluten Monarchen angriffen. In Algernon Sidneys *Diskurs über die Regierung* – wie Lockes *Erste Abhandlung* eine beißende Kritik an Robert Filmers *Patriarcha* – heißt es bündig: „To depend on the will of a man is slavery“ (Sidney 1698/1990, I § 5).<sup>5</sup> Ein Volk, das von einem absoluten Monarchen beherrscht wird, befindet sich *ipso facto* in einem Zustand der Skla-

<sup>5</sup> Locke und Sidney arbeiten gleichzeitig an ihren Werken, wenn auch die *Discourses Concerning Government* erst fünfzehn Jahre nach der Hinrichtung Sidneys veröffentlicht wurden.

verei, auch wenn der Monarch wohlwollend und weise ist.<sup>6</sup> Dieser Gedanke führt im transatlantischen Republikanismus zu einem Verständnis nicht-personaler Herrschaft. In einer Republik herrschen nicht Menschen über Menschen, sondern feststehende, neutrale Gesetze.<sup>7</sup> Um die Abhängigkeit vom Willen anderer auszuschließen, reicht es aber nicht aus, die Bindung der Staatsgewalt an Recht und Gesetz zu fordern; vielmehr ist auch dafür zu sorgen, dass die Gesetze nicht zu bloßen Herrschaftsinstrumenten werden. Es muss sichergestellt sein, dass die „Herrschaft der Menschen über die Menschen“ nicht auf dem Wege einer strategischen Manipulation der Gesetze seitens der Mächtigen wiederhergestellt wird. Um die Unterwanderung des Gesetzes durch einflussreiche Sonderinteressen zu verhindern, muss die Legislative *zum einen* an präzise bestimmte, allgemein zustimmungsfähige Ziele gebunden werden, namentlich den Schutz der gleichen Freiheit als eines politisch-rechtlichen Status; *zum anderen* ist institutionell zu gewährleisten, dass die Legislative diese Ziele auch tatsächlich verfolgt. Dies setzt voraus, dass das Volk Kontrolle über den Gesetzgebungsprozess ausübt. Solche Kontrolle kann unterschiedliche Formen annehmen. Als ein für den transatlantischen Republikanismus idealtypisches Modell sei auf James Harringtons *Commonwealth of Oceana* verwiesen: Das Volk bestellt einen Senat, dem die Klügsten und Weisesten angehören sollen – Harrington nennt sie eine „natural aristocracy“ (Harrington 1656/1992, 23). Es handelt sich um eine Art Expertengremium, das Gesetzesvorlagen ausarbeitet, aber nicht verabschieden kann. Diese werden vielmehr der politischen Gemeinschaft zur Entscheidung vorgelegt. Die Weisen und Experten können und sollen nicht bestimmen, worin das Interesse des Volkes liegt.<sup>8</sup> Da ein Volk als Ganzes nicht versammelt werden könne, müsse es durch eine Körperschaft angemessen repräsentiert werden. Neben dem deliberierenden Senat und der entscheidenden Volksvertretung sieht Harrington den ausführenden Magistrat vor. Ein wohlgeordneter Staat umfasst so aristokratische, demokratische und monarchische Strukturelemente.<sup>9</sup>

Aus dem Gesagten ergeben sich vier Grundelemente des transatlantischen Republikanismus: gleiche bürgerliche Freiheit (im Sinne der Unabhängigkeit von willkürlicher Herrschaft); Rechtsstaatlichkeit (im Sinne der Bindung der Staatsgewalt an neutrale und feststehende Gesetze); Gewaltenteilung (im Sinne einer Absicherung der Bürgerschaft gegen Machtmissbrauch); Repräsentation (im Sinne einer Bindung der Gesetzgebung

<sup>6</sup> „But as liberty consists only in being subject to no man's will, and nothing denotes a slave but a dependence upon the will of another; if there be no other law in a kingdom than the will of a prince, there is no such thing as liberty“ (Sidney 1698/1990, III § 16).

<sup>7</sup> „[G]overnment [...] is the empire of laws and not of men“ (Harrington 1656/1992, 8, 20).

<sup>8</sup> „As the wisdom of the commonwealth is in the aristocracy, so the interest is in the whole body of the people [...]“ (Harrington 1656/1992, 24).

<sup>9</sup> : „[...] the commonwealth consisteth of the senate proposing, the people resolving, and the magistracy executing, whereby partaking of the aristocracy as in the senate, of the democracy as in the people, and of monarchy as in the magistracy [...]“ (Harrington 1656/1992, 25).

an den Willen der politischen Gemeinschaft). Die beträchtliche Überschneidung des transatlantischen Republikanismus mit den Prinzipien des liberalen Verfassungsstaates wirft nun die Frage auf, wie das *spezifisch republikanische Element* begrifflich zu fassen ist. Skinner und Pettit argumentieren, dass die liberale Tradition Freiheit in negativer Weise als die Abwesenheit von Zwang und Einmischung versteht. Als Kronzeugen führt Skinner Henry Sidgwick an, der in *The Elements of Politics* Unfreiheit als die äußere Einschränkung des Willens („restraint on volition“, Sidgwick 1891, 42) definiert (Skinner 1998, 98–99). Diese Definition fasst Freiheit nicht – wie der transatlantische Republikanismus – als einen rechtlichen Status, sondern als einen vorliegenden Zustand (das Verhältnis von Wille und äußeren Gegebenheiten). Wenn eine Person keine Einschränkung ihres Willens erfährt, so gilt sie als frei; und zwar auch dann, wenn sie Untertan eines absoluten Herrschers ist, der eine Politik des Nicht-Eingreifens verfolgt. Die Pointe des republikanischen Freiheitsverständnisses war dagegen, dass ein solcher Untertan im Zustand der Sklaverei lebt, weil er dem möglichen Eingriff des Herrschers kein Recht entgegenzusetzen hätte. Mir scheint jedoch diese (auch von Pettit favorisierte) Art, die spezifische Differenz zwischen Republikanismus und Liberalismus zu markieren, irreführend zu sein. Sidgwick und alle anderen Liberalen des neunzehnten Jahrhunderts dürften selbstverständlich davon ausgegangen sein, dass die Freiheit des Individuums *rechtlich garantiert* sein muss und dass diese rechtliche Garantie unvereinbar ist mit jeglicher Form absoluter Herrschaftsbefugnis. Die suggerierte Vereinbarkeit von liberal verstandener Freiheit und absolutistischer Herrschaft missdeutet in flagranter Weise Geist und Buchstaben der liberalen Tradition. Während sich Republikanismus und Liberalismus in der Ablehnung absoluter Herrschaft einig sind, lassen sie sich jedoch anhand ihrer Auffassungen über die Bedeutung politischer Teilhabe und die Reichweite legislativer Befugnisse unterscheiden. Im Rahmen der transatlantischen oder neo-römischen Tradition hat diese Unterscheidung jedoch einen graduellen Charakter. Der Liberalismus kommt nicht ohne den Gedanken der Volkssouveränität aus; und der Gedanke der Volkssouveränität bleibt im transatlantischen Republikanismus auf den Schutz individueller Freiheit bezogen.

#### 11.4 Neu-römische Freiheit und die *Zweite Abhandlung*

In Lockes Definition der natürlichen Freiheit finden sich deutliche Anklänge an das neu-römische Motiv der Unabhängigkeit vom Willen anderer. Die Menschen verfügten im Naturzustand über sich und ihren Besitz, „wie es ihnen am besten scheint, ohne dabei jemanden um Erlaubnis zu bitten oder vom Willen eines anderen abhängig zu sein“ (II § 4).<sup>10</sup> Nichts sei einleuchtender, so Locke, als dass die Menschen „ohne Unter-

10 Eine ähnlich lautende Formulierung findet sich bei Algernon Sidney: „[...] liberty consists in an *independency upon the will of another* [...]“ (I § 5, Hervorhebung M. S.).

ordnung oder Unterwerfung einander gleichgestellt leben sollen“ (II § 4, Hervorhebung M. S.). In II § 20 und II § 57 wiederholt Locke, die Freiheit liege darin, zu tun, was einem gefällt, „ohne dabei dem eigenmächtigen Willen eines anderen unterworfen zu sein“.<sup>11</sup> Im Naturzustand sei der Mensch absoluter Herr seiner eigenen Person und Besitztümer, „dem Größten gleich und niemandem Untertan“ (II § 123).

Wie gesagt, wird in der neu-römischen Literatur ein solcher Freiheitsbegriff benutzt, um das Leben unter einer absoluten Monarchie als Sklaverei zu denunzieren. Die Hinrichtung Karls I. sah John Milton als die Selbstbefreiung eines versklavten Volkes (Skinner 2000/2009, 197). Zwar lag das britische Volk nicht in Ketten; aber hatte Karl I. nicht seine Steuereintreiber ausgesandt, um ein willkürliches erhobenes „Schiffsgeld“ abzupressen? Ein Volk, das solche Willkür über sich ergehen lassen muss, ist nicht frei. Die *Zweite Abhandlung* ist durchtränkt von diesem Topos der republikanischen Autoren: In II § 91 präzisiert Locke, die Menschen seien nicht die Untertanen, sondern „vielmehr Sklaven eines absoluten Fürsten“. Sie haben keinen gemeinsamen Richter, weil der absolute Herrscher überhaupt keinen Richter und kein Recht über sich duldet. Ein solcher Staat sei schlimmer als der „gewöhnliche Naturzustand“, weil der Fürst über erschreckende Machtmittel verfüge und sie nutze,<sup>12</sup> um dem Einzelnen die Freiheit zu rauben, „über sein Recht zu urteilen und es zu verteidigen“. In II § 93 fragt Locke rhetorisch nach der Sicherheit, die es gegen die Gewalttätigkeit und Unterdrückung eines absoluten Herrschers gebe. Allein diese Frage zu stellen, so Locke, werde als Stimme des Aufruhrs und der Rebellion betrachtet (s. a. II § 13). Zugleich fällt aber auf, dass die an das neu-römische Konzept gemahnenden Formulierungen in der *Zweiten Abhandlung* im Kontext der *Schilderung des Naturzustands* auftauchen. Wenn Locke in II § 129 darauf hinweist, dass die Gesetze der Gesellschaft die natürliche Freiheit in vieler Hinsicht einschränken, könnte er damit meinen, dass der Mensch *nur* im Naturzustand sein eigener Herr sei. Die Freiheit des gesellschaftlichen Zustands müsse dagegen mit anderen begrifflichen Mitteln beschrieben werden. Eine solche Auslegung lässt sich aber mit Bestimmtheit ausschließen. Wie im neunten Kapitel (II § 123–131) deutlich wird, dient die Abtretung der *zweiten natürlichen Gewalt* an die politische Gemeinschaft der Absicherung der *ersten* (II § 128): Das natürliche Recht, als eigener Herr die Statthaftigkeit von Handlungen zu beurteilen und Verbrechen zu bestrafen (die zweite Gewalt), wird aufgegeben, um einen besseren Schutz jener natürlichen Rechte zu erreichen, die

11 Bemerkenswert ist dabei, dass Locke den Freiheitsbegriff normativ rahmt. Freie Handlungen müssen sich im Einklang mit den natürlichen Gesetzen befinden. Siehe hierzu: Tully 1993, 281–314.

12 Zu den Machtmitteln des Fürsten: „Wenn jemand der willkürlichen Gewalt eines einzelnen Mannes, der Hunderttausend andere beherrscht, ausgesetzt ist, so befindet er sich in einer viel schlechteren Lage als jemand, der sich der willkürlichen Gewalt von hunderttausend einzelnen Menschen gegenüber sieht. Denn niemand kann sicher sein, dass der Wille dessen, der eine solche Gewalt besitzt, besser sei als der eines anderen Menschen, während seine Macht dagegen hunderttausendmal größer ist“ (II § 137).



Locke unter dem Begriff *Eigentum* fasst und auf die sich die erste Gewalt bezieht. Zum Eigentum gehören nach Locke nach II § 123 Leben, Freiheiten und Vermögen. Die Abtretung der zweiten Gewalt bezweckt somit den besseren Schutz der Freiheit im Sinne der ersten Gewalt. Man könnte nun sagen (und Locke sagt es in II § 129 auch selbst), dass mit dem Verzicht auf die zweite Gewalt die Freiheit eingeschränkt werde. Doch betrachtet Locke die im Naturzustand bestehende Befugnis, Eigentumsverletzungen selbst zu sanktionieren, lediglich als eine notwendige Bedingung dafür, von natürlichen Rechten überhaupt sprechen zu können.<sup>13</sup> Die Übertragung der zweiten Gewalt muss daher keineswegs mit einem Verlust an individueller Freiheit verbunden sein. Sie ist es nur dann, wenn sie zugunsten eines absoluten Monarchen oder einer anderen Form absoluter Herrschaft aufgegeben wird (II § 13). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Locke den normativen Leitgedanken, dass die Menschen „ohne Unterordnung oder Unterwerfung einander gleichgestellt leben sollen“ (II § 4), auch auf den zivilen Zustand anwendet. Hier kommt abermals ein Motiv des transatlantischen Republikanismus zum Tragen. Freiheit heißt im zivilen Zustand, der Herrschaft von Gesetzen und nicht von Menschen unterworfen zu sein. Entsprechend fordert Locke in II § 131, dass nach öffentlich bekannt gemachten und „festen, stehenden Gesetzen“ regiert werde. Rechtsstreitigkeiten sind „durch *unparteiische* und aufrechte Richter“ auf gesetzlicher Grundlage beizulegen; im Inneren darf die Macht der politischen Gemeinschaft „nur zur Vollziehung dieser Gesetze“ beansprucht werden. Die *Zweite Abhandlung* teilt mit dem transatlantischen Republikanismus sowohl das Freiheitsverständnis als auch die daraus folgende Forderung nach einer Bindung der Staatsmacht an Recht und Gesetz. Doch es fragt sich, wie weit die Gemeinsamkeiten darüber hinaus reichen. Allgemein formuliert, eint den transatlantischen und den rousseauistischen Republikanismus, dass keine bindenden Gesetze unter Ausschluss des Volkes verabschiedet werden können. Wie das Volk in den legislativen Prozess eingebunden ist, wird jedoch sehr unterschiedlich konzipiert. Die Vorstellungen reichen von einer Gesetzgebung durch das räumlich versammelte Volk bis zu verschiedenartigen Repräsentationsmodellen. In dem folgenden Abschnitt wende ich mich daher der Frage zu, ob die *Zweite Abhandlung* die Gesetzgebung in einer als republikanisch zu charakterisierenden Weise konzipiert.

### 11.5 Partizipation und Bürgertugend

Das an Rousseau geeichte Verständnis, wie man es bei Charles Taylor oder Jürgen Habermas findet (s. Taylor 1989/1995, 126; Habermas 1990/1992, 640), betrachtet als

13 „Denn das *Gesetz der Natur* wäre, wie alle anderen Gesetze, die den Menschen auf dieser Welt betreffen, nichtig, wenn im Naturzustand niemand die *Macht* hätte, dieses *Gesetz zu vollstrecken*, um somit den Unschuldigen zu schützen und den Übertreter in Schranken zu halten“ (II § 7).

hervorstechendes Merkmal des Republikanismus‘ den Gedanken, dass sich die Freiheit des Individuums in der staatsbürgerlichen Teilhabe verwirklicht. Der Staatsbürger im republikanischen Sinne ist bereit, seine privaten Interessen zurückzustellen und politische Angelegenheiten aus der Perspektive des Gemeinwohls zu betrachten und zu entscheiden. Dagegen sieht der Staatsbürger im liberalen Sinne den politischen Prozess als einen Mechanismus des bloßen Abgleichs privater Interessen. Während dem Liberalismus die Idee der das je eigene Interesse übersteigenden Bürgertugend fehlt, sieht der Republikanismus die „Partizipation an der Selbstregierung als das Wesen der Freiheit“ (Taylor 1989/1995, 126).

Man könnte nun versucht sein, das Gegensatz-Schema einfach auf das Verhältnis von transatlantischem und rousseauistischem Republikanismus auszudehnen: Der transatlantische Republikanismus ist im Wesentlichen eine Form des Liberalismus und als solche unvereinbar mit dem echten Republikanismus. Schreibt nicht Quentin Skinner, dass im transatlantischen Republikanismus die politische Partizipation eine instrumentelle Rolle spiele und nicht als Verwirklichung eines höheren Selbst oder als eine tiefere Form von Freiheit verklärt werde? Sie wird als eine notwendige Bedingung verstanden, um die Herrschaft der Mächtigen zu unterbinden und den freien Gebrauch individueller Rechte zu schützen (Skinner 1998, 74–75). Einem solchen „individualistisch-instrumentalistischen“ Ansatz stehe das „kommunitaristisch-ethische“ Denken des rousseauschen Republikanismus gegenüber. Doch wäre eine solche Ausweitung des Gegensatz-Schemas missverständlich.<sup>14</sup> Aus der Tatsache, dass man der Partizipation keinen „inhärenten Wert“ zuschreibt, folgt nicht, dass der ethische Gedanke der Bürgertugenden aufgegeben wird. Eben weil das Mitgestalten einer gemeinwohlorientierten Politik keinen Beitrag zur Selbstverwirklichung darstellt, werden sich nur diejenigen politisch beteiligen, die bereit sind, ihr Eigeninteresse zurückzustellen. Denn die Legislative soll so gestaltet sein, dass eine Sonderinteressen dienende Gesetzgebung möglichst ausgeschlossen ist. Es gibt insofern keine materielle Partizipationsprämie. Auch in dieser Hinsicht lässt sich ein klares republikanisches Profil in der *Zweiten Abhandlung* ausmachen. Der Neutralisierung von Sonderinteressen dient etwa, dass die Mitglieder der Legislative „gleich allen übrigen Menschen Untertanen der allgemeinen Gesetze ihres Landes sind“ (II § 138). Locke geht jedoch nicht davon aus, dass rein institutionelle Vorkehrungen ausreichen, um die Unparteilichkeit der Gesetze sicherzustellen. Wenn die Mitwirkung an der Gesetzgebungspraxis nicht mit persönlichen Vorteilen verbunden ist, so ist der Anreiz groß, anderen die Erfüllung dieser Aufgabe zu überlassen. Wie bei anderen Kollektivgütern auch, werden rein an ihrem Eigeninteresse orientierte Akteure versuchen, die Vorteile einer auf das Gemeinwohl gerichteten Politik zu nutzen, aber die Kosten zu vermeiden. Insofern kann auch Locke nicht auf den Gedanken der Bürgertugend verzichten, wenn er auch von anderem Zuschnitt ist als bei den Kommunitaristen

14 Habermas 1990/1992, 640.

des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Entgegensetzung „individualistisch-instrumentalistisch“/„kommunitaristisch-ethisch“ verdunkelt insofern, dass die Differenzen auf der Ebene der politischen Moral und der Psychologie liegen. Locke geht illusionslos davon aus, dass die Legislative immer der Gefahr unterliegt, das in sie gesetzte Vertrauen zu missbrauchen. Das Volk kann nur dann Ursprung und Hüter der Verfassung sein, wenn es bereit ist, sich an den natürlichen Gesetzen zu orientieren und für deren Einhaltung einzutreten. Locke merkt einschränkend an, dass das Volk keinen Widerstand gegen naturrechtswidrig ausgeübte Staatsgewalt leisten werde, wenn es sich in seiner Gesamtheit „nicht davon berührt fühlt“ (II § 208). Anders liege der Fall, wenn die Mehrheit von ungesetzlichen Akten betroffen sei oder wenn Einzelfälle Präzedenzcharakter für die Allgemeinheit hätten (II § 209). In solchen Fällen sei Widerstand zu erwarten. Es wäre ein grobes Missverständnis, Lockes Rede vom Erkennen oder Empfinden des Volkes (pars pro toto: II §§ 209–210) in kollektivistischer Manier zu interpretieren. Doch zeigt die Selbstverständlichkeit, mit der er das Volk als politisch handlungsfähige Instanz anspricht, dass er die Individuen zwar als endliche, fehlbare und eigeninteressierte Wesen ansieht, ihnen aber grundsätzlich auch die Fähigkeit und Bereitschaft zuspricht, *im und als Kollektiv* ihren natürlichen Pflichten zu genügen – und zu diesen Pflichten und Befugnissen gehört gegebenenfalls auch, die natürlichen Rechte *anderer* zu verteidigen.<sup>15</sup> Darauf baut das staatliche Recht gegen jeden Bürger auf, „zur Vollstreckung der Urteile des Staates seine Kräfte in Anspruch zu nehmen“ (II § 88). Das zur Erhaltung der Menschheit verpflichtende Grundgesetz der Natur (II § 16) wird in der politischen Gemeinschaft in eine Form von bürgerschaftlicher Solidarität überführt – eine Solidarität jedoch, die sich auf die Sicherung der natürlichen Rechte und Pflichten der Individuen bezieht. Pointiert gesagt, nimmt in der transatlantischen Tradition die Bürgertugend die Form des Pathos individueller Freiheit an.

### 11.6 Inklusion in die politische Gemeinschaft

Ein weiteres Merkmal republikanischer Theorien besteht in der herausgehobenen Bedeutung, die sie der Gleichheit beimessen. Im Wesentlichen ist dies schon durch den neo-römischen Freiheitsbegriff vorgezeichnet. Wenn Freiheit einen politisch-rechtlichen Status der Unabhängigkeit darstellt, so ist sie unvereinbar mit Abhängigkeit erzeugender Vormacht. Dass Menschen, in den Worten Lockes, „ohne Unterordnung oder Unterwerfung einander gleichgestellt leben sollen“ (II § 4), heißt auch und vor

<sup>15</sup> Dass Locke die Verteidigung der natürlichen Rechte anderer als eine Pflicht ansieht, wird durch folgende Formulierung nahegelegt: „Wie ein jeder *verpflichtet ist*, sich selbst zu erhalten und seinen Platz nicht vorsätzlich zu verlassen, so *sollte* er aus dem gleichen Grunde, und wenn seine eigene Selbsterhaltung nicht dabei auf dem Spiel steht, nach Möglichkeit auch die übrige Menschheit erhalten“ (II § 6; zweite Hervorhebung M. S.).

allem, dass sie sich als Gleiche begegnen können. Diese Gleichheit ist keine bloße Konvention, kein Resultat rechtlicher oder politischer Vereinbarungen, nichts Gemachtes oder Aufgesetztes, sondern nach Locke der natürliche Zustand der Menschheit. Auch in dieser Hinsicht scheint er republikanisch zu denken.

Crawford B. Macphersons einflussreiche Studie hat in der *Zweiten Abhandlung* jedoch eine völlig andere Zielsetzung ausgemacht (zum Folgenden: Macpherson 1962/1990, 194–262). Er behauptet, Locke ziele nicht auf die Rechtfertigung einer Ordnung, die einem Ideal natürlicher Gleichheit entspräche. Die *Zweite Abhandlung* diene dem ideologischen Zweck, den seinerzeit verbreiteten neo-römischen Freiheitsgedanken seiner republikanischen Implikationen zu berauben. Gleiche Freiheit ist bei Locke nicht das normative Leitbild, an dem die politische Ordnung gemessen wird. Vielmehr wird die Vorstellung eines gleichgestellten Lebens „ohne Unterordnung und Unterwerfung“ in eine bestimmte Phase des Naturzustands abgeschoben, die bereits mit der Einführung des Geldes und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Ungleichheit endet. Weder für die Verteilung von Vermögen nach der Einführung des Geldes, noch für die gleiche Repräsentation innerhalb der Legislative gesteht Locke dem neo-römischen Freiheitsgedanken gestaltende Kraft zu. Die Konstitution der politischen Gemeinschaft und die darauf folgende Etablierung der staatlichen Ordnung bedeutet die Absicherung und Legitimation wirtschaftlicher und rechtlich-politischer Ungleichheit in einer frühkapitalistischen Marktgesellschaft. So vollendet die *Zweite Abhandlung*, was Macpherson den bürgerlichen Besitzindividualismus nennt, eine politische Theorie, die er auch bei Hobbes, Harrington und anderen diagnostiziert. Der Besitzindividualismus zeichnet sich durch die These aus, dass der Mensch Eigentümer seiner Person und seiner Vermögen sei und dass er als ein solcher Selbsteigentümer über sich verfügen dürfe. So läuft die individuelle Freiheit für die Masse der Bevölkerung auf das Recht hinaus, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. An die Stelle der natürlichen Freiheit und Gleichheit tritt für die Besitzlosen die Lohnabhängigkeit. Da die Lohnarbeitenden von politischer Repräsentation ausgeschlossen seien, ist die *Zweite Abhandlung* nach Macpherson im Kern die Rechtfertigung eines frühkapitalistischen Klassenstaates.<sup>16</sup>

Es ist hier nicht der Ort, die Kritik an dieser Deutung im Einzelnen nachzuzeichnen.<sup>17</sup> Vielmehr möchte ich untersuchen, ob sich wirtschaftliche Ungleichheit bei Locke in der von Macpherson behaupteten Weise in politische Ungleichheit übersetzt. Ihm zufolge stand Locke vor dem Problem, das Majoritätsprinzip mit dem Eigentumschutz zu verbinden. Gestünde man den Besitzlosen volle politische Partizipationsrechte zu, so würden sie das Mehrheitsprinzip dazu nutzen, um die Eigentumsordnung zu ih-

<sup>16</sup> Macphersons Locke-Deutung gilt zwar in der Forschung als überholt; John Rawls stimmt aber – bei aller Kritik – mit ihm in dem wichtigen Punkt überein, dass die *Zweite Abhandlung* die Rechtfertigung eines Klassenstaates einschließt. Siehe: Rawls 2007/2008, 215–240.

<sup>17</sup> Hierzu: Tully 1989/1993, 71–95.

ren Gunsten zu ändern. Locke löst dieses Problem nach Macpherson, indem er die Bevölkerungsmehrheit der Besitzlosen von der politischen Repräsentation ausschließt (Macpherson 1962/1990, 252). Rawls hat sich in seiner *Geschichte der politischen Philosophie* dieser Deutung im Wesentlichen angeschlossen (Rawls 2007/2008, 218–220). Wenn Locke in II § 142 davon spricht, dass die legislative Gewalt keine Steuern auf das Eigentum des Volkes erheben dürfe ohne die Zustimmung des Volkes selbst oder seiner Abgeordneten, so sind dieser Auslegung zufolge mit „Volk“ allein die Vermögenden gemeint. Denn nur sie bilden die politische Gemeinschaft. Die Textgrundlage für diese Auslegung findet sich in den II §§ 140 bis 158. In II § 140 postuliert Locke, dass die Erhebung von Steuern der Zustimmung der Mehrheit des Volkes bedarf. Wäre es der Regierung möglich, das Volk ohne dessen Zustimmung zu besteuern, so liefe dies auf eine Aufhebung des natürlichen Eigentumsrechts hinaus. Die Regierung würde sich nehmen, was und wie viel ihr beliebt. Allerdings findet sich in II § 140 kein Hinweis darauf, dass (a) die Besitzlosen dem Volk nicht angehörten und (b) daher nicht stimmberechtigt wären.

(a) Was die erste Teilthese betrifft (Die Besitzlosen gehören dem Volk nicht an), ist festzuhalten, dass bei Locke die Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft *ausdrückliche* Zustimmung voraussetzt (II § 122). In II § 87 erklärt er, diejenigen Menschen seien zu einem politischen Körper vereinigt und bildeten zusammen eine bürgerliche Gesellschaft, die „eine allgemeine feststehende Gesetzgebung und ein Gerichtswesen haben“ (II § 87). Eine spezielle Eigentumsvoraussetzung für den Beitritt zu einer politischen Gemeinschaft findet sich nicht. Vorausgesetzt ist lediglich die ausdrückliche Anerkennung eines gemeinsamen Richters (s. a. II § 19). Locke kommt auf die Frage des Besitzes im Zusammenhang der *stillschweigenden* Zustimmung zu sprechen (II § 119). Doch hier geht es um die Gehorsamspflicht gegenüber den Gesetzen und nicht um die Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft. Könnten die Besitzlosen keine Mitglieder des Volkes sein, so hätten sie den Status von Fremden (II § 122). Eine Konsequenz wäre, dass die politische Gemeinschaft die Kräfte der Besitzlosen nicht für die Landesverteidigung oder andere, dem öffentlichen Wohl dienende Zwecke in Anspruch nehmen könnte (II §§ 3, 89). Daher scheint es unwahrscheinlich, dass Locke ein exklusives Modell der Zugehörigkeit zum Volk entwickeln möchte. Alles, was erforderlich ist, um in ein gemeinsames Staatswesen überzutreten, ist – wie gesagt – die explizite Anerkennung eines gemeinsamen, mit hinreichender Autorität ausgestatteten Richters (II § 89, II § 122). (b) Könnte es sein, dass die *Zweite Abhandlung* das potentiell inklusive Modell der Volkszugehörigkeit mit einem exklusiven Modell der politischen Repräsentation kombiniert?<sup>18</sup> Gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts waren zwischen 4/5 und 3/5 der männlichen Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen, und Rawls meint, Locke

18 Ich schreibe „potentiell inklusiv“, weil Locke möglicherweise davon ausging, dass viele Bewohner des Staatsgebietes gar kein Interesse an einer Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft haben – zum Beispiel, weil

heißt dies in der *Zweiten Abhandlung* gut (Rawls 2007/2008, 218). Wenn in II § 140 in Verbindung mit II § 142 davon die Rede ist, dass Steuern nur mit Zustimmung der Majorität des Volkes erhoben werden dürfen, so zielt dies möglicherweise auf diejenigen, die über ein Vermögen von mindestens 40 Schilling verfügen (loc. cit.). Auf diesem Wege, dem der politischen Exklusion, werden Mehrheitsprinzip und Eigentumsschutz versöhnt. Denn wenn nur die Vermögenden über Steuern abstimmen, können sie nicht zur Umverteilung gezwungen werden.

Im Verhältnis zu der beachtlichen Tragweite dieser These erweist sich die Textgrundlage als recht dünn. Es ist zwar richtig, dass Locke den Schutz des Eigentums immer wieder zum Zweck der politischen Gemeinschaft erklärt. Doch umfasst der Eigentumsbegriff bei ihm bekanntlich auch das Leben, die Freiheiten und das Vermögen der Individuen (II § 123). Mit den Passagen zum Eigentumsschutz lässt sich insofern nicht ohne Weiteres begründen, dass die Funktion des Staates bei Locke im Schutz der Vermögenden und ihrer Interessen liegt. Zusätzliche Stützung könnte diese Lesart allerdings durch II § 138 erfahren, in dem Locke zu fordern scheint, dass die Menschen, die in die Gesellschaft eintreten, „*Eigentum haben* sollen“.<sup>19</sup> Locke will hier jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht sagen, Vermögen sei *Vorbedingung* der politischen Repräsentation. Vielmehr unterstreicht er, dass die Menschen zum Schutz des Eigentums in die Gesellschaft eintreten und dass es daher ungereimt wäre, wenn der Staat das Recht bekäme, es ihnen ohne Zustimmung der Mehrheit zu nehmen.<sup>20</sup> Rawls begründet die These vom Klassenstaat im Wesentlichen mit dem II § 158 (in Verbindung mit II § 157 und II § 140). Dort argumentiert Locke, die Repräsentation solle „im Verhältnis zu dem Beistand“ stehen, den ein Gebiet „der Öffentlichkeit leistet“. Es könne nicht angehen, dass eine arme und entvölkerte Gegend „*ebenso viele Repräsentanten* in die große gesetzgebende Versammlung entsendet wie eine ganze Grafschaft mit zahlreicher Bevölkerung und mächtigen Reichtümern“ (II § 157). Daher müsse die Prärogative das Recht umfassen, die Stimmbezirke neuen Gegebenheiten anzupassen, um so für eine angemessene Repräsentation zu sorgen. Nun ist in II § 157 von „zahlreicher Bevölkerung“ und „mächtigen Reichtümern“, von Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Bedeutung eines Stimmbezirks die Rede. Ein Ausschluss der Besitzlosen von der politischen Re-

sie nicht „auf ewig und unwiderruflich verpflichtet“ sein wollten, deren „Untertan zu sein und unabänderlich zu bleiben“ (II § 121). Bernd Ludwig danke ich für den Hinweis auf diese Möglichkeit.

19 Die genaue Formulierung lautet: „Denn da die Erhaltung des Eigentums der Zweck der Regierung und das Ziel ist, weshalb die Menschen in die Gesellschaft eintreten, so muss auch notwendigerweise vorausgesetzt und verlangt werden, dass sie *Eigentum haben* sollen“ (II § 138).

20 „Und das wäre doch wohl zu absurd, als dass es irgend jemand zugestehen könnte“ (II § 138). In diesem Zusammenhang stellt sich auch die grundsätzliche Frage, inwieweit die politische Gemeinschaft überhaupt befugt ist, in Eigentumspositionen einzugreifen, die im Naturzustand aufgebaut wurden. Ich möchte dieses Problem für den Moment zurückstellen, weil es die naturrechtlichen Grenzen politischer Macht und nicht die Frage der politischen Repräsentation betrifft.

präsentation lässt sich hier nicht herauslesen (s. a. Dunn 1969/1995, 56). Nicht nur scheint die These vom Klassenstaat textlich unzureichend motiviert; ihr stehen zudem zentrale Äußerungen direkt entgegen. So erklärt Locke in II § 94, in einer bürgerlichen Gesellschaft sei „jeder einzelne, *der geringste Mann ebenso sehr wie irgendein anderer*, jenen Gesetzen untertan, die er selbst als ein Teil der Legislative erlassen hatte“ (Hervorhebung M. S.). In II § 99 führt er aus, dass die Vereinigung zu einer politischen Gesellschaft nichts anderes ist als die Abtretung der Macht an die Mehrheit, und in II § 132 heißt es: „Die Mehrheit erhält (...) durch die Vereinigung der Menschen zu einer Gesellschaft naturgemäß die gesamte Gewalt der Gemeinschaft.“ Diese Aussagen sind nur schwer mit der Klassenstaats-These vereinbar. Zu der politischen Gemeinschaft gehören alle Menschen, die sich ausdrücklich einem gemeinsamen Richter unterstellt haben, auch die Besitzlosen; und folglich haben auch sie an der Ausübung der höchsten Gewalt teil. Da das Volk verfassungsgebende Gewalt hat, besteht jede mögliche Staatsform nur aufgrund der Zustimmung der Mehrheit. Und das Volk ist nur denjenigen Gesetzen verpflichtet, die „von jenen Männern beschlossen werden, die es erwählt und ermächtigt hat, ihm *Gesetze* zu geben“ (II § 141). Macpherson behauptet, Lockes Anliegen sei gewesen, die Besitzlosen von der politischen Repräsentation auszuschließen, um die Vermögenden vor einem revolutionären Umsturz der Eigentumsverhältnisse zu bewahren. Doch Lockes Einschätzung war eine völlig andere. Er ging davon aus, dass das Volk konservativ sei und an den althergebrachten Institutionen festzuhalten tendiere (II § 230); und zwar auch dann, wenn andere Staatsformen (und ich ergänze: Eigentumsverhältnisse) möglicherweise vorteilhafter für es wären. Mit Blick auf die Prärogative bemerkt Locke: Das „Volk nimmt es selten oder nie sehr genau in diesem Punkt“ (II § 161). Diese Einschätzung gilt wohl für Lockes Sicht des Volkes insgesamt. Es nimmt es in Verfassungsdingen nicht sehr genau. Es kalkuliert und maximiert nicht; das Bekannte und Bewährte ist ihm in vielen Hinsichten gut genug. Es ist sogar bereit, an einer gemischten Verfassung festzuhalten.<sup>21</sup> Solange es nicht zu offenkundigem und unerträglichem Machtmissbrauch oder -versagen kommt, besteht es nicht darauf, die volle Kontrolle über die Legislative zu übernehmen und die „Gesetze durch Beamte der eigenen Wahl vollstrecken zu lassen“ (II § 132). Nach Locke wählt das souveräne Volk Staatsformen unter instrumentellen Gesichtspunkten aus, wobei die demokratische Selbstherrschaft eine der möglichen Optionen darstellt.

Nimmt man die im Vorangegangenen genannten Punkte zusammen, so kann meines Erachtens kein Zweifel daran bestehen, dass sich in der *Zweiten Abhandlung* ausgeprägt republikanische Elemente finden. Lockes Vorstellungen von Freiheit, Volkssouveräni-

21 „Die Trägheit und Abneigung des Volkes, seine alten Einrichtungen aufzugeben, hat uns in den vielen Revolutionen, die unser Königreich in dieser Zeit wie auch in früheren Zeiten erlebt hat, auch weiterhin an unserer alten Legislative von König, Lords und Bürgern (*Commons*) festhalten lassen oder uns, nach einer kurzen Periode fruchtloser Versuche, wieder zu ihr zurückgeführt“ (II § 232).

tät und politischer Repräsentation lassen sich zwanglos in die transatlantische Tradition einordnen. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns von den Zwängen des Gegensatz-Schemas befreien und die *Zweite Abhandlung* als Klassiker eines liberalen Republikanismus lesen.<sup>22</sup>

## Literatur

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1987/2001, „Demokratie als Verfassungsprinzip“, in: Ders., Staat, Verfassung, Demokratie, Frankfurt: Suhrkamp, 289–378
- Brocker, Manfred 2007, „John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung“, in: Manfred Brocker (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch, Frankfurt: Suhrkamp, 258–272
- Brunkhorst, Hauke 2000, Einführung in die Geschichte politischer Ideen, München: Fink
- Constant, Benjamin 1819/1972, „Über die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Heutigen“, in: Benjamin Constant. Werke in vier Bänden, Viertes Band, Berlin: Propyläen Verlag, 365–395
- Dunn, John 1969/1995, The Political Thought of John Locke. An Historical Account of the Argument of the „Two Treatises of Government“, Cambridge: Cambridge University Press
- Euchner, Walter 1977, „Einleitung des Herausgebers“, in: John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung. Herausgegeben von Walter Euchner, Frankfurt: Suhrkamp, 9–59
- Faulkner, Robert 2001, „The First Liberal Democrat: Locke's Popular Government“, in: The Review of Politics 63 (1), 5–39
- Gaus, Gerald 2000, Political Concepts and Political Theories, Boulder/Colorado: Westview Press
- Habermas, Jürgen 1988/1992, „Volkssouveränität als Verfahren“, in: Ders., Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt: Suhrkamp, 600–631
- Habermas, Jürgen, 1990, „Staatsbürgerschaft und nationale Identität“, in: Ders., Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt: Suhrkamp, 632–660
- Habermas, Jürgen 1992/1998, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt: Suhrkamp
- Habermas 1994/1996, „Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie“, in: Ders., Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt: Suhrkamp, 293–305
- Hampton, Jean 1997, Political Philosophy, Boulder/Colorado: Westview Press
- Harrington, James 1656/1992, The Commonwealth of Oceana and A System of Politics. Edited by J. G. A. Pocock, Cambridge: Cambridge University Press
- Kendall, Willmoore 1941/1959, John Locke and the Doctrine of Majority-Rule, Urbana: University of Illinois Press
- Locke, John 1690/2007, Zweite Abhandlung über die Regierung, übers. v. Hans Jörn Hoffmann, komment. v. Ludwig Siep, Frankfurt: Suhrkamp
- Macpherson, Crawford 1962/1990, The Political Theory of Possessive Individualism, Oxford: Clarendon Press
- Pettit, Philip 1997, Republicanism. A Theory of Freedom and Government, Oxford: Clarendon Press
- Pocock, John G. A. 1975/2002, The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton: Princeton University Press
- Rawls, John 2007/2008, Geschichte der politischen Philosophie, Frankfurt: Suhrkamp
- Sidgwick, Henry 1891, The Elements of Politics, London: Macmillan

22 Für hilfreiche Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge möchte ich Michaela Rehm, Bernd Ludwig und Peter Niesen danken.

- Sidney, Algernon 1698/1990, *Discourses Concerning Government*, edited by Thomas G. West, Indianapolis: Liberty Fund
- Skinner, Quentin 1998, *Liberty Before Liberalism*, Cambridge: Cambridge University Press
- Skinner, Quentin 2000/2009, „John Milton und die Politik der Sklaverei“, in: *Visionen des Politischen*, Frankfurt: Suhrkamp, 196–223
- Taylor, Charles 1985/1992, *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*, Frankfurt: Suhrkamp
- Taylor, Charles 1989, *Sources of the Self. The Making of Modern Identity*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press
- Taylor, Charles 1989/1995, „Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus“, in: Axel Honneth (Hg.): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt: Campus-Verlag, 103–130
- Tully, James 1984/1993, *An approach to political philosophy: Locke in contexts*, Cambridge: Cambridge University Press
- West, Thomas 1990, Foreword, in: Algernon Sidney: *Discourses Concerning Government*, edited by Thomas G. West, Indianapolis: Liberty Fund, xv–xxxiv